

## Umsetzung der 2. Stufe des IG Metall-Tarifvertrags: Kritik bestätigt sich

**Nach der Einigung in der Metall- und Elektroindustrie im Februar 2018 ging es Ende 2018 / Anfang 2019 um die Umsetzung des 2. Teils des Tarifvertrags. Aufgrund von betrieblichen Öffnungsklauseln gab es Handlungsbedarf. Für das tarifliche Zusatzgeld und die verkürzte Vollzeit mussten in den Betrieben Regularien zur Umsetzung vereinbart werden.**

Dabei macht hauptsächlich die Regelung, das tarifliche Zusatzentgelt in freie Tage umzuwandeln, etliche Probleme. Das tarifliche Zusatzentgelt, auch T-ZUG genannt, beträgt 27,5 Prozent eines Monatsverdienstes und ist zusammen mit einem tarifydynamischen Festbetrag von 400 € die Tarifierhöhung für 2019. Eine Tarifierhöhung auf die Monatsentgelte wurde nicht vereinbart. Das T-ZUG kann aber auch in besonderen Fällen in 8 freie Tage umgewandelt werden. Dies ist möglich für Beschäftigte in Schichtarbeit mit entsprechend vielen Betriebszugehörigkeits- und Schichtjahren, für Beschäftigte, die Angehörige pflegen oder mit Kindern bis zu 8 Jahren in häuslicher Gemeinschaft leben. Kritik gibt es, weil Pflegende und Erziehende nur 2 mal Geld in freie Tage wandeln können, das Alter der Kinder mit bis zu 8 Jahren doch sehr niedrig angesetzt ist und Teilzeitbeschäftigte keinen Anspruch auf die Wahloption freie Tage haben. Doch letztere sind es hauptsächlich, die Angehörige pflegen und Kinder erziehen.



### Umsetzungsstand zeigt: Nur wenige profitieren von freien Tagen

Für 2019 haben 260.000 Beschäftigte die 8 zusätzlichen freien Tage beantragt. 242.000 – das sind 93 Prozent der Anträge – sind genehmigt worden. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der IG Metall unter Betriebsräten in über 2600 Betrieben. Von den genehmigten Anträgen für acht freie Tage kommen 55.000 Anträge von Beschäftigten, die Kinder betreuen. 17.000 stammen von Beschäftigten, die Angehörige pflegen. Und 170.000 Anträge sind von Schichtarbeitern gestellt worden. Über 4 Millionen Beschäftigte sind in der Metall- und Elektroindustrie in Deutschland beschäftigt. Diese Zahlenverhältnisse zeigen schon auf den ersten Blick, dass diese Regelung nur Wenigen kürzere Arbeitszeiten bringt –

rund 6 Prozent, weil eben nur beschränkter Zugang für bestimmte Beschäftigengruppen besteht und weil sich nicht alle, die Zugang haben, es leisten können, auf das tarifliche Zusatzentgelt zu verzichten. Ist es doch die einzige Tarifierhöhung für 2019. Somit ist dieses Ergebnis weit entfernt von einer notwendigen kollektiven Arbeitszeitverkürzung für alle mit Entgelt- und Personalausgleich.

### Positive Beispiele: zur Nachahmung empfohlen

In einigen Betrieben konnten über den Tarifvertrag hinaus bessere Lösungen vereinbart werden. So bei Stiebel Eltron (Eschwege), da konnte der Anspruch auch auf Teilzeitbeschäftigte in Schichtarbeit (ab 32,5 Std.) erweitert werden. Bei Bosch hat der Konzernbetriebsrat mit der Geschäftsführung betrieblich geregelt, dass auch anspruchsberechtigte MitarbeiterInnen in Teilzeit die Möglichkeit haben, die freien Tage anstelle des Geldes zu wählen. Bei Audi in Neckarsulm wurde der Kreis der Anspruchsberechtigten noch mehr ausgeweitet. So für Eltern mit Kindern bis 14 anstatt bis 8 Jahre. Bei Pflege genügen 6 Monate Betriebszugehörigkeit. Und es reichen 5 statt 10 Jahre Beschäftigung in Wechselschicht. Zudem haben alle Beschäftigten, die 2 Jahre im Betrieb sind, die Option auf 6 freie Tage. Teilzeitbeschäftigte können sich auf verkürzte Vollzeit umschreiben lassen.

### Weitere Verbetrieblichung ist die Folge

All dies zeigt, dass es bei den Verhandlungen zum Regelungsbedarf anscheinend einigen Spielraum für ein gewisses "Mehr" zugunsten der Beschäftigten gibt. Wichtig ist, dass er ausgenutzt wird, hängt aber auch vom betrieblichen Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital ab. Das heißt, „schwächere“ Betriebe haben das Nachsehen. Das führt zu einer weiteren Differenzierung der Tarifverträge (Verbetrieblichung!) und letztlich zu einer weiteren Ausfranzung der Flächentarifverträge.

### Unsere Kritik am Tarifabschluss bestätigt sich

Der Abschluss hat keine kollektiven Arbeitszeitverkürzungen gebracht. Für die wenigen, die kurze Jahresarbeitszeit haben werden, ist es eine im Wesentlichen selbstbezahlte Arbeitszeitverkürzung, denn für dieses Jahr werden sie keine Lohnerhöhung erhalten. Der Personalausgleich wurde nicht im Tarifvertrag geregelt. Es bleibt an den Betrieben hängen, ob sie dies durchsetzen können. So kann es sein, dass die zusätzlichen freien Tage zu einer Verdichtung der Arbeit führen, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Gesundheit. Der Tarifvertrag lässt auch weitere Verlängerungen der Arbeitszeiten auf 40 Stunden pro Woche zu, was zu einer weiteren Auffächerung der Arbeitszeiten führen wird und die 35-Stundenwoche konterkariert.

**Chr.Boissevain** (Münchener Gewerkschaftslinker)

# Der Kampf um den Hambacher Wald – IG BCE und ver.di an der Seite von RWE und NRW Landesregierung

Im Vorfeld des DGB Bundeskongresses gab es eine heftige Auseinandersetzung um einen positiven Bezug über die Klimaschutzziele der Bundesregierung. In einem Antrag des DGB Bundesvorstandes zur Klimapolitik und hier besonders zur Energie- und Mobilitätspolitik wurden die Klimaschutzziele von Paris ausdrücklich unterstützt. IG BCE und IG Metall hatten im Vorfeld des Kongresses, gegen die Stimme von ver.di, dafür gesorgt, dass diese Positionierung aus dem Antrag gestrichen wurde. Dass der positive Bezug zu den Klimazielen am Ende doch wieder, wenn auch deutlich abgeschwächt, in den Antrag aufgenommen wurde, ist den darauf folgenden Protesten, auch in der Öffentlichkeit, zu verdanken.

Dass die IG BCE, wie schon bei der Atomenergie, auch bei der Beendigung der Braunkohleförderung und Verbrennung auf der Bremse stehen würde, war zu erwarten. Sie spielt sich als Verteidigerin der Arbeitsplätze in den Revieren auf, die aber, wie alle wissen, so oder so nur noch für einen begrenzten Zeitraum bestehen werden. Anstatt mit den Anwohner\*innen und der Klimabewegung gemeinsam dafür zu sorgen, dass für die heute noch ca. 20.000 Beschäftigten in den Revieren im Rheinland, in der Lausitz und in Brandenburg zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen, steht sie an der Seite der Stromkonzerne und beharrt auf eine Technologie, die extrem schädlich und unnötig ist.

Ver.di ist da theoretisch ein Stück weiter. Schon 2016 kam eine von ihr in Auftrag gegebene Studie zum „sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung“ zum Ergebnis, dass eben dieser Ausstieg möglich sei. Die Gewerkschaft fordert dabei eine Absicherung der Beschäftigung und Einkommen für alle Beschäftigten in den Revieren und Kraftwerken. Dafür müsste ein Fonds gebildet werden, der aus den Erlösen aus den CO<sub>2</sub>-Zertifikaten oder aus einem Aufschlag auf den Strompreis finanziert werden sollte. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll bis 2045 abgeschlossen sein. Dies müsste aber in den entsprechenden Regionen und Kraftwerken umgesetzt werden. Hierbei handelt es sich ja nicht nur darum, für ältere Kolleg\*innen gute Regelungen für den Übergang in die Rente zu vereinbaren. Allerdings schweigt sich diese Studie zur Umsetzung aus. Wenn der Strukturwandel gelingen soll, ist die Einbeziehung der Beschäftigten, der ortsansässigen Bevölkerung, den Gewerkschaften, den Umweltpolitik\*innen und den kommunalen politischen Gremien erforderlich. Das Beispiel des Ruhrgebietes zeigt, wie es nicht laufen darf: Den Strukturwandel nur den Konzernen und der Politik überlassen und eine ganze Region zum Armenhaus verkommen lassen.

## Die Praxis bei ver.di sieht anders aus

Auch wenn immer wieder die Notwendigkeit des Strukturwandels betont wird, herrscht vor Ort oft ein anderer Ton. So hängen z.B. vor den Kraftwerken im rheinischen Revier die heftigsten Transparente nicht von der IG BCE sondern von ver.di, wie „Kein Bild, kein Ton? Deutschland ohne Braunkohlestrom“ oder „Energiewende ohne Braunkohle nicht machbar“. Will man so junge Menschen ansprechen, deren Zukunft da gerade verfeuert wird?

Zu dem Klimacamp 2018 hatte die IG BCE ihre alte Kampagne „Schnauze voll - von Gewalt durch Klimaaktivisten“ wieder aufleben lassen. 2016 wurde diese Kampagne initiiert, um gegen die Klimabewegung vorzugehen, noch ohne Beteiligung von ver.di. Diesmal waren die 2 ver.di Bezirke aus der Region mit dabei. Es wurde deutlich, dass beide Gewerkschaften offensichtlich das Ziel haben, die Förderung und Verstromung der Braunkohle so lange wie möglich hinaus zu zögern.

Dabei hatte der ver.di Gewerkschaftsrat im März 2016 beschlossen, den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung „schnellstmöglich“ zu realisieren. Es ist davon auszugehen,

dass dies auch heute noch die Meinung der Mehrheit der Mitglieder bei ver.di ist. Dem zuständigen Fachbereich ist es aber gelungen seine Position als diejenige der Gesamtorganisation erscheinen zu lassen.



In der Auseinandersetzung um die Rodung des Restes des Hambacher Waldes sind beide Gewerkschaften fest an der Seite von RWE und der NRW-Landesregierung. Sie halten die Rodung weiterhin für erforderlich, damit der Abbau weiter gehen kann und damit die Stromversorgung, vor allem für die Industrie, gesichert wird. Dies haben sie auf der Demonstration am 24. Oktober 2018 mehr als deutlich gemacht, zu der sie aus Anlass des Besuchs der Kohlekommission aufgerufen hatten. Als Hauptredner waren dort der Vorsitzende der Kohlekommission, Platzek, NRW Ministerpräsident Laschet und der IG BCE Vorsitzende Vassiliadis aufgetreten. An dieser Demonstration beteiligten sich auch Vertreter der AfD mit eigenen Fahnen und Plakaten, auf denen sie sich als Verteidiger der Arbeitsplätze aufspielen konnten. Ferner waren Plakatwände mit ver.di Logo am Rande der Demo angebracht worden, auf denen gegen die Klimabewegung gehetzt wurde.

**Es wird Zeit, dass beide Gewerkschaften sich endlich besinnen und von ihrer ideologischen Verblendung Abschied nehmen. Anstatt mit RWE gemeinsam Klimaschutz zu verhindern, sollten sie sich aktiv in den Strukturwandelprozess in den Revieren einbringen.**

Nur wenn ihnen dies gelingt und sie die Beschäftigten einbeziehen, wird es gelingen, den Beschäftigten eine Perspektive zu geben. Es reicht nicht aus, der Politik und den Konzernen das Feld zu überlassen. Vielmehr sollten IG BCE und ver.di Kontakt mit den Initiativen, den Umweltverbänden und den kommunalen Gremien aufnehmen. Es gilt nicht nur neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern die Reviere auf eine CO<sub>2</sub> freie Zukunft auszurichten. Da dies oft im Gegensatz zu den Interessen großer Konzerne steht, sollten die Ideen aus der Bevölkerung intensiv miteinbezogen werden. **Dann wird auch der Abschied von der Braunkohle kein schmerzhafter Prozess, sondern ein neuer Aufbruch.**

**Helmut Born**, Mitglied ver.di Landesbezirksvorstand NRW Initiative „Gewerkschafter\*innen für Klimaschutz“  
[www.labournet.de/Klimagewerkschafter](http://www.labournet.de/Klimagewerkschafter)

# Olympischer Brief der Pflegenden an Spahn

## Bündnisse sammeln bundesweit Unterschriften

Insgesamt haben sich in etwa 20 Städten Bündnisse gegründet, die versuchen, spürbare Verbesserungen in der Pflege durchzusetzen. Zu den Urheber\*innen zählen Beschäftigte im Gesundheitswesen, linke politische Gruppierungen, Einzelpersonen und örtliche Gewerkschaftsstrukturen. Je nach den lokalen Begebenheiten fallen die Aktivitäten der Bündnisse recht verschieden aus:

Einige bieten Beschäftigten Plattformen, um sich über die nicht selten erschreckende Situation in der Pflege auszutauschen. Andere - wie Berlin, Düsseldorf, Essen oder Tübingen - unterstützen Arbeitskämpfe und organisieren Demonstrationen oder Informationsveranstaltungen. Und sie sind hilfreich bei der Vernetzungsarbeit zwischen den Kliniken. Hamburg, Bremen, Berlin und Bayern haben Volksentscheide bzw. -begehren gestartet. Da die Zustimmung zur Forderung nach mehr Personal in der Pflege in weiten Kreisen der Bevölkerung enorm hoch ist, sind sie überaus erfolgreich und haben in kurzer Zeit weit mehr als die erforderlichen Unterschriften gesammelt. Während eines bundesweiten Treffens der Bündnisse im November letzten Jahres wurde beschlossen, den Kampf um eine bessere Pflege auch bundesweit zu unterstützen.

In einem Brief, für den man bundesweit Unterstützerunterschriften sammeln will, soll die Kritik an den unhaltbaren Zuständen in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen

öffentlichkeitswirksam an Bundesgesundheitsminister Spahn (CDU) herangetragen werden. Der Name der Aktion „Olympischer Brief“ hat sein Vorbild im Olympischen Feuer. Wie das olympische Feuer soll der Brief von Ort zu Ort weitergegeben werden.

Kritisiert werden darin nicht allein die aus Sicht der Initiatoren unzureichenden Maßnahmen Spahns bezüglich der Personalsituation, sondern die Ökonomisierung des Gesundheitswesens im Allgemeinen: Während die Fallpauschalen kritisiert werden, verlangt der Brief die Refinanzierung aller Investitionskosten. Das Ziel solle eine bedarfsgerechte Versorgung sein. Inzwischen ist der Brief am 10. Januar in Kiel gestartet und bereits sehr erfolgreich durch das Bundesgebiet unterwegs. Am 5. Juni 2019 wird der Brief mit einem zentralen Demonstrationzug in Leipzig der dort tagenden Konferenz der GesundheitsministerInnen übergeben werden.

Steve Hollasky, Dresden

### Olympischer Brief

**An die Gesundheitsminister\*innenkonferenz, den Bundesminister für Gesundheit, die Gesundheitsminister\*innen und -senator\*innen der Länder,**

wir schreiben Ihnen aus dem ganzen Bundesgebiet, aus öffentlichen, privaten, freigemeinnützigen und kirchlichen Krankenhäusern. Wir sind Pflegekräfte, Ärzt\*innen, Hebammen, Reinigungskräfte, Physio- und Ergotherapeut\*innen, Logopäd\*innen, MT-R-L-F-A's, Service-, Verwaltungs- und Technikangestellte.

**Wir haben es satt, ausgenutzt und verheizt zu werden!**

Die Bedingungen, unter denen wir arbeiten machen krank – und gefährden die Patient\*innen. Burnout, Depressionen und chronische Rückenschmerzen nehmen zu. Stress und Überlastung sind der unerträgliche Normalzustand. Viele von uns sind unterbezahlt und prekär beschäftigt. Und wir sind viel zu Wenige. An uns wird gespart und es wird sich an uns bereichert. Patient\*innen werden blutig entlassen und Angehörige sind gezwungen den Pflegenotstand selbst abzufedern. Das macht uns wütend und wir nehmen es nicht länger hin! Seit der Einführung der Fallpauschalen agieren Krankenhäuser wie Konzerne im Konkurrenzkampf. Patient\*innen und Beschäftigte werden den Zwängen von Kostendruck und Profitmaximierung untergeordnet. Ihr Leben, ihre Bedürfnisse und Sorgen, selbst ihre Schmerzen spielen keine Rolle. Im durchökonomisierten Krankenhausbetrieb sind Gewinn und Verlust, schwarze und rote Zahlen die einzigen, unerbittlichen Taktgeber.

**Dieses System ist politisch gewollt und Sie, Minister\*innen, stehen dafür in der Verantwortung.**

Die Personaluntergrenzen, mit denen Sie vorgeben zu handeln, ändern daran nichts. Sie bescheinigen sogar  $\frac{3}{4}$  der Krankenhäuser, zu viel Personal zu haben und ermöglichen weiteren Stellenabbau. Die Menschen müssen entsprechend ihres Bedarfs versorgt werden und nicht entlang eines Minimums. Die Herausnahme der Pflegepersonalkosten aus den Fallpauschalen und die Finanzierung jeder neu eingestellten Pflegekraft durch die Krankenkassen war ein richtiger Schritt in diese Richtung. Ihm muss jetzt die Einführung einer bedarfsorientierten Personalbemessung folgen und kein billiger Trick, der den alten Zustand wieder herstellt, etwa mit Pflegepauschalen.

**Wir fordern eine echte Personalbemessung am Bedarf!**

Schreiben Sie das gesetzlich fest! Führen Sie die verbindliche Bedarfsermittlung auf Basis einer aktualisierten Pflegepersonalregelung (PPR) und verlässliche Personalbemessungen für alle Berufsgruppen in den Kliniken ein. Stellen Sie die Finanzierung aller Personalkosten nach krankenhausespezifischem Bedarf dauerhaft sicher. Gewährleisten Sie nachhaltige Investitionsförderung durch die Länder. Schaffen Sie die Fallpauschalen als Abrechnungssystem ab! Garantieren Sie damit gute Arbeitsbedingungen und bedarfsgerechte Versorgung in jeder Schicht. Dann – und nur dann – werden viele Teilzeitkräfte wieder aufstocken, Berufsaussteiger\*innen zurückkehren und junge Menschen werden sich wieder für den Pflegeberuf entscheiden.

Krankenhausbeschäftigte, Patient\*innen und Angehörige aus ganz Deutschland stehen hinter diesen Forderungen und mit ihnen die überwältigende Mehrheit der Menschen in diesem Land. Denn alle wissen, dass es sie selbst oder Angehörige treffen kann und wird. Wir alle brauchen eine gute und sichere Versorgung im Krankenhaus. Wir haben ein Recht darauf! Gemeinsam mit über 20 Bündnissen aus dem gesamten Bundesgebiet fordern wir es ein.

**Handeln Sie. Jetzt!**

**Mehr von uns ist besser für alle!**

# Strategiekonferenz 2020

## Für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik!

Die Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter dem Motto "Aus unseren Kämpfen lernen" bieten ein gutes Forum, um Erfahrungen auszutauschen. Jedoch findet über die Konferenz hinaus keine engere Koordinierung von kämpfenden, aktiven Kolleg\*innen und den bestehenden Zusammenschlüssen von Gewerkschaftslinken statt. Doch der Bedarf nach ernsthaften Diskussionen über die Strategie der Gewerkschaften und zur tatsächlichen praktischen Zusammenarbeit ist groß.

Wir – das sind Vertreter\*innen verschiedener Vernetzungsinitiativen in den Gewerkschaften – möchten deshalb anregen, dass aktive Kolleg\*innen, die auch für einen kämpferischen Kurs in den Gewerkschaften eintreten, darüber beraten, wie sie gemeinsam an einem Strang ziehen können und sich für eine solche Ausrichtung der Gewerkschaften stark machen können. Es gibt viele gute Ansätze, aber um die Gewerkschaften insgesamt in diese Richtung zu bringen, ist es nötig, sich besser zu vernetzen und zu koordinieren. So könnten beispielsweise Vorschläge und Initiativen für Kämpfe und Kampagnen ausgearbeitet werden, gemeinsam Anträge eingebracht werden, Solidaritätsarbeit für Kämpfe verstärkt und weitere Absprachen organisiert werden. Für 2020 halten wir eine Strategiekonferenz für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik für notwendig, die wir mit möglichst vielen Aktiven vorbereiten wollen.

### Die einladenden Organisationen sind:

- Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken und örtliche Foren
  - Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften
  - Münchner Gewerkschaftslinken
  - Forum gewerkschaftliche Gegenmacht Wiesbaden
  - Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar
  - Jour Fixe Gewerkschaftslinken Hamburg
  - Gewerkschaftsforum Dortmund
- Verdi Linke NRW
- Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di
- Organisieren – Kämpfen – Gewinnen (OKG) Kassel
- TIE – Internationales Bildungswerk
- LabourNet Germany
- Redaktion Express
- Redaktion Yeni Hayat/Neues Leben
- Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL)
- BaSo Wuppertal

### Vorbereitungstreffen für Strategiekonferenz

**Samstag, 18. Mai 2019  
um 11 Uhr**

**DidF-Vereinshaus,  
Rudolfstr. 13  
Frankfurt/Main**

## Solidarität mit den brasilianischen Kolleginnen und Kollegen!

**Im letzten Netzwerkinfo haben wir diese Unterschriftensammlung veröffentlicht. Mit über 100 Unterschriften von gewerkschaftlichen und betrieblichen FunktionärInnen ging dieser Brief am 22. Januar an die Vorstände von DGB, IG Metall und ver.di. Bis Redaktionsschluss am 6. Februar lag uns noch keine Antwort vor. Wir dokumentieren:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir GewerkschafterInnen machen uns große Sorgen über die politische Entwicklung in Brasilien und haben deshalb eine Erklärung verfasst, um unsere Solidarität mit den brasilianischen KollegInnen zum Ausdruck zu bringen und gegen jede Unterstützung der rechtsextremen Bolsonaro-Regierung durch deutsche Unternehmen zu protestieren.

Alle, die wir Kontakte mit brasilianischen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen hatten oder sich mit der dortigen Situation beschäftigt haben, müssen befürchten, dass erneut diese Kolleginnen und Kollegen Opfer von staatlicher Willkür werden oder gar ermordet werden. Brasilien war über fast dreißig Jahre Schauplatz und Beispiel für eine wachsende Gewerkschaftsbewegung, ohne die alle demokratischen Veränderungen und Fortschritte undenkbar gewesen wären. Diese Solidarität muss gerade jetzt verstärkt werden! Deshalb fordern wir von der IG Metall, von ver.di und dem DGB

- sofortige, entschiedene Positionierung gegen die Unterstützung von VW, Daimler, der Deutschen Bank und anderen deutschen Unternehmen oder deren Sprecher in Brasilien für den rechtsextremen Jair Bolsonaro!
- wirksame und spürbare Unterstützung für die brasilianischen Gewerkschaften, insbesondere in ihrem Kampf gegen die Rentenreform und gegen die Privatisierung von Petrobras! Protestaktionen und Streiks der brasilianischen KollegInnen müssen durch entsprechende Solidaritätsaktionen unterstützt werden!
- die zu erwartenden anti-demokratischen, menschenverachtenden Maßnahmen der Bolsonaro-Regierung mit Boykottaufrufen und Sanktionsmaßnahmen zu beantworten! Insbesondere muss die sofortige Freilassung des widerrechtlich in Gefangenschaft gehaltenen Lula da Silva ein Ziel der internationalen Gewerkschaftsbewegung werden! Als GewerkschafterInnen aus Deutschland unterstützen wir die Kampagne „Lula Livre“ (Freiheit für Lula!) und fordern zur Teilnahme an dieser Bewegung auf!

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben wir über 100 Unterschriften von aktiven Gewerkschaftern gesammelt (siehe Anhang). Wir erwarten, dass sich das gewerkschaftliche Schweigen gegen die rechtsextreme Bolsonaro-Regierung in aktives Handeln wandelt und bitten um Antwort.

Mit solidarischen Grüßen

**Christa Hourani**

i.A. der Unterzeichnenden und der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

**Den kompletten Text mit UnterzeichnerInnen gibt es hier:**  
<http://www.labournet.de/?p=141110>

**Impressum:** Sekretariat  
Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken  
Klaus Peter Löwen, Christa Hourani, Christiaan Boissevain  
**E-Mail:** [forum@gegewi.de](mailto:forum@gegewi.de)  
**Redaktionsschluss:** 6. Januar 2019